

**Aus dem englischen Original:** <http://www.socialeurope.eu/2015/06/bad-faith-why-real-debt-relief-is-not-on-the-table-for-greece/>

Übersetzt von Phillipp Heimberger

## **Böswillige Absichten. Warum ein echter Schuldenerlass für Griechenland nicht zur Verhandlung steht**

*James Galbraith (18.6.2015)*

LeserInnen der Wirtschafts- und Finanzpresse mag verziehen sein, wenn sie der Auffassung sein sollten, dass es in den Verhandlungen zwischen Griechenland und Europa einen inkompetenten Teilnehmer gibt – die griechische Regierung – und einen verantwortungsvollen Teilnehmer, nämlich die im Schulterschluss vereinte Front der wichtigsten europäischen Regierungen und Gläubigerinstitutionen, die – getrieben von edler Gesinnung – nach rationalen politischen Entscheidungen im Interesse der europäischen Gemeinschaft suche.

Von Athen aus ist die Sicht auf die Dinge freilich eine andere. Am 11. Juni nahm ich an einer Anhörung eines Untersuchungskomitees im griechischen Parlament teil, das sich mit der griechischen Staatsverschuldung befasst. Phillipe Legrain, ein früherer Berater des damaligen EU-Präsidenten Jose Manuel Barroso, sagte aus. Legrain ist ein Technokrat, ein Ökonom, und ein sehr zurückhaltender Mensch. Er sprach in gemäßigtem Ton.

Das ursprüngliche Verbrechen im Fall Griechenlands, sagte Legrain, war bereits im Mai 2010 begangen worden, als klar wurde, dass das Land insolvent ist. Zu dieser Zeit war das Personal des IWF überzeugt, dass die Staatsschulden Griechenlands restrukturiert werden müssten, und dass ein Schuldenerlass nicht nur notwendig, sondern auch gerecht sei, wenn man sich vor Augen führt, dass es zu jedem rücksichtslosen Schuldner auch einen rücksichtslosen Gläubiger gibt, und dass die Kreditgeber zumindest teilweise für das Risiko von Verlusten kompensiert werden.

Eine Schuldenrestrukturierung fand jedoch nicht statt. Stattdessen entschied sich ein Trio von Franzosen beim IWF, der Europäischen Zentralbank und im Elysee – gestützt durch Angela Merkel –, so zu tun, als ob Griechenlands Schuldenprobleme lediglich temporär seien und als ob es eine größere Finanzkrise abzuwehren gelte; sie entschieden außerdem, dass der größte Bailout der Geschichte nicht darauf abzielen sollte, Griechenland zu retten, sondern die Griechenlandrisiken der französischen und deutschen Banken auf alle europäischen Staaten abzuladen, wobei die deutschen SteuerzahlerInnen den größten Anteil der Last zu tragen hatten.

Warum mischte der IWF trotz der Bedenken und Einwände vieler nicht-europäischer Mitglieder kräftig mit, indem er den größten Kredit seiner Geschichte vergab (32 Mal so hoch wie der griechische IWF-Anteil)? Weil der damalige geschäftsführende Direktor des IWF, Dominique Strauss-Kahn, zum Präsidenten Frankreichs gewählt werden wollte.

Zur selben Zeit kaufte die EZB unter Jean-Claude Trichet 27 Milliarden griechischer Staatsanleihen und erhöhte damit deren Anleihenkurs. Warum tat Trichet das? Um die

ursprünglichen Kreditgeber zu unterstützen, einmal mehr in erster Linie die französischen Banken.

Mit dieser Vorgehensweise verhinderten die europäischen Machthabenden, dass die großen Banken Verluste hinnehmen müssen. Indem Trichet das geldpolitische Mandat stark ausdehnte, wenn nicht verletzte, zementierte er die Verweigerungshaltung der EZB ein, die nicht bereit ist, Verluste auf griechische Staatsanleihen zu akzeptieren.

Ein grundlegendes Prinzip des Geldwirtschaftens lautet: Vergib keine Kredite an jemanden, der zahlungsunfähig ist. Was du zu tun hast, wenn du mit Insolvenz konfrontiert bist, ist eine Umstrukturierung der Schulden. Das Personal des IWF und jene IWF-Vorstandsmitglieder, die das bereits damals verstanden hatten, wurden jedoch überstimmt. Stattdessen gab sich die Führung Europas einer enormen Lüge hin: Man tat so, als seien Griechenlands Schulden nachhaltig. Im Jahr 2010 versprachen IWF-RepräsentantInnen aus Frankreich, Deutschland und den Niederlanden (der oben beschriebenen Täuschungsstrategie folgend), dass ihre Banken weiterhin die griechischen Staatsanleihen in ihren Büchern halten würden. Tatsächlich verkauften sie jedoch so viel davon, wie sie nur konnten.

Im Jahr 2010 versäumte es die griechische Regierung, die Staatsschulden unter griechischem Recht umzustrukturieren. Als im Jahr 2012 eine Umstrukturierung kam, fand diese nach den Bindungen der Gläubiger statt, was dazu führte, dass die griechischen Pensionsfonds einen Wertverlust von 60 Prozent hinnehmen mussten. Und das ist natürlich ein Hauptgrund dafür, dass Griechenlands Pensionssystem heute in so schrecklichen Problemen feststeckt.

2010 musste Griechenland die Pille eines Austeritätsprogramms schlucken, das – wie Poul Thomson vom IWF seinem Vorstand versprach – „hart, schwierig und schmerzhaft“ sein würde. Obwohl das Programm eine beispiellose „fiskalische Anpassung“ in Höhe von 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vorsah, prognostizierte es auch, dass Griechenland eine Reduktion des BIP von lediglich 5 Prozent erleben würde, gefolgt von einer wirtschaftlichen Erholung am Beginn des Jahres 2013. Währenddessen werde die Staatsschuldenquote in Prozent des BIP auf 150 Prozent im Jahr 2013 steigen und danach wieder sinken. Tatsächlich sackte das griechische BIP jedoch mehr als fünf Mal so stark ab wie damals vorhergesagt; die Staatsschuldenquote liegt heute bei 180 Prozent. Und eine Erholung gab es bis heute nicht einmal ansatzweise.

Zu einem späteren Zeitpunkt der Anhörung befragte man Legrain zu den ÖkonomInnen, die für diese Prognosen verantwortlich gewesen waren, sowie zu den Offiziellen, die sie in der Öffentlichkeit breit getreten hatten. An diesem Punkt war seine Aussage durch Zögern geprägt. War Inkompetenz der Grund gewesen? Panik? Ideologie? Der Befragte war sich nicht sicher. Vielleicht, gab er zu Protokoll, hätten einige von ihnen in „ihrer Dummheit“ wirklich gedacht, das Programm werde funktionieren. Jedenfalls hat laut Legrain „niemand für die begangenen Fehler bezahlen“ müssen.

Laut einem Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. Juni machte sich die Europäische Kommission in der Zwischenzeit bereit, im Gegenzug für Kürzungen der griechischen Militärausgaben eine weniger restriktive Haltung bezüglich weiterer Pensionskürzungen einzunehmen. Wer torpedierte diese Vorhaben? Laut dem Artikel in der FAZ war es der IWF. Wenn es diese Institution wirklich für einfach hält, der

griechischen Regierung das Aushungern von weiten Teilen der armen, pensionierten Bevölkerungsschichten aufzuzwingen, dann hat sie in letzter Zeit nicht aufgepasst. Oder der IWF hat sich – was wahrscheinlicher ist – vor dem Hintergrund der sichtbaren Bruchlinien zwischen den Gläubigern dazu entschieden, dass er überhaupt keine Einigung mit der griechischen Regierung haben will, was bedeuten würde, dass weitere Verhandlungen aussichtslos sind.

Und während der IWF darauf pocht, dass Griechenland alle Bedingungen genau einhalten müsse, stellen sich die Dinge ein bisschen weiter nördlich und östlich ganz anders dar. Laut einer Stellungnahme von Madame Lagarde am 12. Juni könnte der IWF in der Ukraine „Kredite selbst dann vergeben, wenn die Ukraine bestimmen würde, dass sie die Schulden nicht bedienen kann“. So viel zum Thema Schuldentragfähigkeit und zu dem felsenfesten Prinzip, dass *keine Kredite an jemanden vergeben werden, der zahlungsunfähig ist*.

Mitfühlende amerikanische LeserInnen haben sich daran gewöhnt, Deutschland, die Deutschen, und insbesondere deren Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie deren Finanzminister Wolfgang Schäuble als die Bösewichte in diesem Drama anzusehen. Sie haben jedoch die halb-verborgene Rolle der Rasputins in Paris unterschätzt. Und auch jene des Hintermannes von Frankfurt, Mario Draghi, der, während ich diese Zeilen schreibe, Drohungen bezüglich des griechischen Bankensystems erhebt. Es handelt sich dabei um die Drohungen, die in den nächsten Tagen gerade jenen Wirbelsturm freisetzen könnten, von dem Draghi einstmals sagte, er werde tun was nötig ist, um einen solchen Wirbelsturm zu verhindern.